



Manfred Behrens MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 2 27-7 74 14
Fax: (0 30) 2 27-7 68 48
E-Mail: manfred.behrens@bundestag.de

Ansprechpartner:

Ines Sievert (MA)

Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Haldensleben
Magdeburger Straße 26
39340 Haldensleben
Tel: (0 39 04) 66 88 55
Fax: (0 39 04) 66 88 56
E-Mail: manfred.behrens@wk.bundestag.de
Ansprechpartner: Antje Strauß (MA)

Wahlkreisbüro Burg

Bahnhofstraße 27 39288 Burg
Tel: (0 39 21) 72 81 19
Fax: (0 39 21) 72 81 21
E-Mail: manfred.behrens@wk2.bundestag.de
Ansprechpartner: Sebastian Fischer (MA)

Betreuungswahlkreis Altmark

Büro Stendal
Bismarckstraße 19 39576 Stendal
Tel: (0 39 31) 21 20 91
Fax: (0 39 31) 79 49 60
Ansprechpartner:
Wolfgang Kühnel (wiss. MA)

Ausschüsse:

Ordentliches Mitglied

- Innen

stellv. Mitglied

- Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Betreuungskreis

Wahlkreis 67 (Altmark)

www.manfred-behrens.info

Schwerpunkt der Arbeit im Innenausschuss

- Manfred Behrens

Innerhalb unserer Landesgruppe befaße ich mich als ordentliches Mitglied des Innenausschusses mit Fragen der Innenpolitik. Gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium und dem thüringischen Kollegen, Günter Baumann, bin ich Berichterstatter für den Bereich neue Länder und somit zuständig für die Themenbereiche Deutsche Einheit, den Aufbau Ost und die Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone.

Einen weiteren Schwerpunkt meiner Arbeit im Innenausschuss nimmt der Bereich Grundsatzfragen der Innenpolitik ein. Dieser Bereich befasst sich mit dem Kommunalwesen und Bevölkerungsfragen.

In den genannten Politikfeldern gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte, die gerade auch für meine politische Arbeit im Wahlkreis von großer Bedeutung sind. Aus meinen Erfahrungen als Kommunalpolitiker weiß ich, wie wichtig gerade die konsequente Begleitung des Aufbaus Ost für unsere Entwicklung ist. Mit der Bildung der Koalition mit der FDP ist dieser wichtige Politikbereich vom Verkehrsministerium in das Innenministerium gewechselt. Für diese Aufgabe in der CDU/CSU als Berichterstatter mitverantwortlich zu sein, ist für mich eine große Herausforderung, in der ich mich vor allem auch in den sitzungsfreien Wochen in meiner Wahlkreisarbeit stelle. So arbeite ich eng mit der Staatskanzlei und dem Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalts zusammen, um mich in wichtigen Fragen abzustimmen.

Neben der Realisierung wichtiger Strukturprojekte, wie dem Ausbau der Autobahnen A14, A143,

der B 6n und der flächendeckenden Bereitstellung des schnellen Internets, hat der demographische Wandel für mich große Bedeutung für die Entwicklung unseres Bundeslandes. Es muss uns durch gemeinsame Anstrengungen vieler Akteure gelingen, für unsere jungen Menschen gute wirtschaftliche Perspektiven vor Ort zu schaffen, damit wir deren Abwanderung entgegenwirken.

In den letzten Jahren hat Sachsen-Anhalt bei der wirtschaftlichen Entwicklung an Fahrt gewonnen. Bei den erneuerbaren Energien nehmen wir vor allem bei der Photovoltaik eine Spitzenposition ein. Diese Stellung müssen wir auch in den nächsten Jahren ausbauen, denn sauberer Energie gehört die Zukunft. Darauf müssen wir setzen, auch in unserer Region.

Ich bin weiterhin tätig in

- der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler,
- der Arbeitsgruppe Elbe,
- dem Koordinationskreis Energie,
- der Tourismuskommission unserer Fraktion und habe mich für die Deutsch-Bulgarische, Deutsch-Österreichische, Deutsch-Kanadische und SADC-Staaten Parlamentariergruppe

angemeldet.



Wahlkreisbüroeröffnung in Burg mit CDU Landesvorsitzenden Thomas Webel

Berliner Echo

Informationen aus der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der CDU/CSU Bundestagsfraktion - Ausgabe 03-2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Bundestagswahl hat sowohl personell in den Wahlkreisen wie auch inhaltlich zu großen Veränderungen in der CDU-Landesgruppe Sachsen-Anhalt des Bundestages geführt.

Zwar konnten wir mit 5 Mandaten unsere Kopfzahl als Landesgruppe halten, jedoch zogen mit Heike Brehmer, Manfred Behrens und Dieter Stier drei neue und direkt gewählte Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein, die mit Harz, Börde-Jerichower Land und Burgenland-Saalekreis Wahlkreise vertreten, die bislang ohne eigene CDU-Abgeordnete waren.

In den ersten Wochen galt es daher vor allem organisatorisch sich neu zu formieren. Bei über 200 Abgeordneten, die in Folge der Wahl wechselten, hatten wir das Glück, bereits nach 14 Tagen funktionsfähige Büros in Berlin zu haben. Viele der neuen Abgeordneten aus anderen Landesgruppen und Fraktionen sitzen

bis heute noch auf den Koffern und warten auf die Zuweisung.

Inhaltlich konnten wir uns bei der Besetzung der Ausschüsse wesentlich breiter aufstellen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Auf den folgenden Seiten stellt sich nun die neue Landesgruppe der 17. Legislaturperiode mit ihren Arbeitsschwerpunkten vor.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und sind für Anregungen und Ideen immer offen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Landesgruppenvorsitzender



Bundesverfassungsgericht zur Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird die CDU/CSU Bundestagsfraktion die gesetzlichen Regelungen zur Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten überarbeiten.

Wir müssen in Zukunft noch genauer auf ein besonders hohes Maß an Datensicherheit achten. Insbesondere muss die Einhaltung der strengeren Schutzvorkehrungen staatlich kontrolliert werden. Auch an den Abruf und die Verwendung der Daten sind höhere Anforderungen zu stellen. Wir müssen nun rasch zu einer Neuregelung gelangen, die unseren Ermittlungsbehörden das unverzichtbare Terrorbekämpfungsmittel der Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten praktikabel zugänglich macht.

Entgegen den ersten Schlagzeilen ist nicht die Vorratsdatenspeicherung als solche, sondern nur deren konkrete Umsetzung durch den Gesetzgeber verfassungswidrig. Eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung bleibt daher möglich und ist durch die entsprechende EU-Richtlinie auch geboten.

CDU/CSU wissen, was sie der Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger schuldig sind. Da bis zu einer Neuregelung keine Grundlage für eine Datenspeicherung besteht, ist besondere Eile geboten. In diesem Sinne werden wir verantwortungsvoll und zügig die entsprechenden rechtlichen Grundlagen schaffen.



Sonderprogramm des Bundes hilft den Landwirten, die Krise zu überwinden - Dieter Stier

Die Bundesregierung hat mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderprogramm für die Landwirtschaft konkrete Hilfen im Umfang von 750 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Durch stark gesunkene Erzeugerpreise sind viele landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland auf verschiedenen Märkten in wirtschaftliche Probleme geraten.

Insbesondere die Situation vieler Milcherzeuger war nach dem Einbruch der Milcherzeugerpreise im vergangenen Jahr existenzbedrohend: Seit Mai 2009 haben rund 1.700 Milchviehbetriebe (1,7 Prozent) ihre Produktion eingestellt. Dieser Rückgang spiegelt die katastrophale Lage am Milchmarkt bis Mitte des Jahres 2009 wider, denn bei Milchpreisen von teilweise unter 20 Cent je Kilogramm Milch im Juli 2009 wurden auch die letzten finanziellen Reserven aufgebraucht. Zwar konnten sich im Zuge der Stabilisierung des Milchmarktes Ende 2009 die Milcherzeugerpreise erholen, dennoch ist die finanzielle Situation vieler Betriebe gerade auch in den neuen Bundesländern kritisch.

Zentraler Punkt dieses Sonderprogramms ist ein Grünlandmilchprogramm, welches Zahlungen an Milchviehbetriebe im Rahmen der

von der EU vorgegebenen Grenzen vorsieht.

Eine Grünlandprämie für Milcherzeugungsbetriebe mit Grünland wird für die Jahre 2010 und 2011 ausgezahlt. Förderfähig sind dabei 3 ha Grünland je Kuh. Die Prämienhöhe wird voraussichtlich bei ca. 37 Euro je ha Grünland liegen. Hierfür sind 2010 und 2011 jeweils 113 Mio. Euro vorgesehen - davon 2 Mio. Euro EU-Mittel und 111 Mio. Euro Bundesmittel.

Ein weiteres Element ist die sogenannte Kuhprämie in Höhe von ca. 21 Euro je Kuh für Milcherzeugungsbetriebe für die Jahre 2010 und 2011. Dafür sind 2010 85 Mio. Euro und 2011 75 Mio. Euro vorgesehen. Die Maßnahme wird als De-minimis-Beihilfe gewährt, so dass hier die Obergrenze für diese Beihilfen - 7.500 Euro innerhalb von drei Jahren - Anwendung findet.

Mit einer zusätzlichen Grünlandprämie in Höhe von ca. 20 Euro je ha Grünland wird das EU-Sofortprogramm für den Milchsektor umgesetzt, aus dem Deutschland rund 61 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Um eine rasche und unbürokratische Auszahlung zu ermöglichen, sollen dafür verfügbare Daten aus dem Jahr 2009 als Grundlage dienen.



Dieter Stier MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (0 30) 2 27-7 22 20
Fax: (0 30) 2 27-7 61 09
E-Mail: dieter.stier@bundestag.de

Ansprechpartner:
Andrea Haese (wiss.MA)
Nathanael Lipinski (stud.MA)

Wahlkreisbüro

Promenade 24
06667 Weißenfels

Tel.: (0 34 43) 33 83 88
Fax: (0 34 43) 33 83 44

E-Mail: dieter.stier@wk.bundestag.de

Ansprechpartner:
Martin Weiß (wiss.MA)

Ausschüsse

Ordentliches Mitglied
- Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Sport und Ehrenamt

Betreuungskreis
Saalekreis



Kokainkonsum in Europa zerstört neben Menschen auch den Regenwald - Ulrich Petzold

Auf Einladung des Mitglieds im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages und CDU-Bundestagsabgeordneten Ulrich Petzold erläuterte die kolumbianische Botschafterin in Deutschland, Frau Dr. Victoriana Mejia-Marulanda, die Bemühungen Kolumbiens, den Regenwald ihres Landes als ein Naturerbe der Menschheit zu schützen. Das mehr als 1 Mio. km² große Kolumbien ist mit seinen großen Regenwaldgebieten eines der artenreichsten Länder der Welt.

Allein 15 % aller Orchideen der Welt sind hier zu Hause und werden in 5 Biosphärenreservaten mit ca. 35 tausend km² Fläche geschützt. Dieses Paradies wird jedoch seit Jahrzehnten von einem bewaffneten Konflikt zwischen Armee, Paramilitärs und Guerilla-Organisationen bedroht. Paramilitärs und Guerillas finanzieren sich neben Entführungen und Erpressungen insbesondere durch den Drogenhandel.



So zwingen sie die arme Bevölkerung im Schutz der schwer zugänglichen Urwaldgebiete Plantagen des Kokastrauches anzulegen. Allein durch diese Plantagen wird die oft nur dünne Humusschicht in den Urwäldern so beschädigt, dass anschließend nur Steppe zurückbleibt und sich kein normaler Pflanzenwuchs wieder ausbilden kann.

Noch verheerender ist die Aufarbeitung der Kokablätter zu Kokain, die ebenfalls in illegalen Fabriken im Schutz des Urwaldes erfolgt. Durch die eingesetzten Chemikalien werden der Pflanzenwuchs, aber auch die Gewässer nachhaltig zerstört.

Man kann davon ausgehen, dass allein eine Prise des Kokains, das in den Industrieländern konsumiert wird, ca. 10 m² Regenwald unwiederbringlich zerstört. Zwar kann Kolumbien nach den Worten von Frau Dr. Mejia-Marulanda in den letzten Jahren durch militärische, aber vor allem durch soziale Maßnahmen auf Erfolge in der Zurückdrängung der Guerilla verweisen. Dennoch steigt der Konsum und damit die Nachfrage nach Kokain in Westeuropa stetig und hinterlässt viele zerstörte Menschen mit Folgen von sozialem und gesundheitlichem Abstieg und hoher Beschaffungskriminalität.

Frau Dr. Mejia-Marulanda wies neben diesen Folgen aber auch darauf hin, dass Europa damit auch Verantwortung für die Zerstörung des Regenwaldes in ihrer Heimat übernimmt. Sie forderte, dass auch andere europäische Länder so energisch gegen den Drogenkonsum vorgehen wie Deutschland.

In Anbetracht der eindringlichen Schilderungen von Frau Botschafterin Mejia-Marulanda erklärte Ulrich Petzold, dass auch von Seiten des Umweltschutzes der Drogenkonsum nicht bagatellisiert werden darf und forderte die Beibehaltung eines klaren Kurses gegen eine Liberalisierung des Drogenhandels in Deutschland.



Ulrich Petzold MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 2 27 – 7 00 90
Fax: (0 30) 2 27 – 7 60 84
E-Mail: ulrich.petzold@bundestag.de

Ansprechpartner: Carl Canzler (wiss.MA)

Wahlkreisbüro Lutherstadt Wittenberg
Jüdenstr. 29
06886 Wittenberg

Tel: (0 34 91) 50 59 45
Fax: (0 34 91) 40 26 16
E-Mail: ulrich.petzold@wk.bundestag.de

Ansprechpartner: Kathrin Benedickt (MA)

Wahlkreisbüro Dessau-Roßlau
Ferdinand-von-Schill-Str. 33
06844 Dessau-Roßlau

Tel: (03 40) 2 10 64 84
Fax: (03 40) 2 60 60 20

Ansprechpartner: Dietmar Krause (MA)

Ausschüsse:

Ordentliches Mitglied:
- Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
stellv. Mitglied:
- Wirtschaft und Technologie

Betreuungskreis: Anhalt-Bitterfeld
Wahlkreisbüro Köthen

Kurze Straße 6
06366 Köthen
Tel: (0 34 96) 31 00 30
Fax: (0 34 96) 21 67 85

www.ulrichpetzold.de



Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Dr. Christoph Bergner MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 2 27 - 7 37 75
Fax: (0 30) 2 27-7 62 56
E-Mail: christoph.bergner@bundestag.de

Ansprechpartner:
Anne Frahm (MA)

Wahlkreisbüro:

Ulestraße 8
06114 Halle (Saale)
Tel: (03 45) 3 88 08 79
Fax: (03 45) 3 88 11 95
E-Mail: bergner-cdu@t-online.de

Ansprechpartner:
Monika Richter (wiss.MA)

Tel: (03 45) 6 82 86 43
Fax: (03 45) 3 8 81 1 95
E-Mail: bergner-cduwk2@t-online.de

Ansprechpartner:
Matthias Waschitschka (MA)

Betreuungskreise

Mansfeld-Südharz und teilweise Saalekreis

Wahlkreisbüro Dr. Christoph Bergner

Markt 7
06526 Sangerhausen
Tel: (0 34 64) 27 99 30
Fax: (0 34 64) 27 96 63
E-Mail: christoph.bergner.wk05@wk.bundestag.de

Ansprechpartner: Heike Roßner (MA)

www.bergner.de

Neue Aufgaben im Bundesministerium des Innern

- Dr. Christoph Bergner

Mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung wurde die Zuständigkeit für die neuen Bundesländer vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum Bundesinnenministerium übertragen. Damit hat Thomas de Maiziére jetzt neben seinen bisherigen Aufgaben als Bundesinnenminister auch die Funktion des „Beauftragten der Bundesregierung für die Angelegenheiten der neuen Länder“ übertragen bekommen.

Infolge dessen hat sich mein bisheriges Arbeitsgebiet als Parlamentarischer Staatssekretär und Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten um die Aufgaben erweitert, die den neu eingerichteten Arbeitsstab „Neue Länder“ im Bundesinnenministerium betreffen.

Mancher wird sich an die Aussage von Ministerpräsident Böhmer erinnern, dass das Amt des „Ostbeauftragten“ der Bundesregierung inzwischen verzichtbar geworden sei. Uns ist bewusst, dass wir dieses politische Feld nicht weiter so bearbeiten können wie in den zurückliegenden zwanzig Jahren. Mit dem Wechsel der Ressortzuständigkeit öffnen sich auch neue Perspektiven. Thomas de Maiziére hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Begriffe wie „Aufbau Ost“ für die Beschreibung der gegenwärtigen Herausforderungen kaum noch geeignet sind. Es geht immer weniger darum, eine Rückständigkeit der ostdeutschen Infrastruktur und Ausstattung mit spezifischen Aufbauprogrammen zu überwinden. Hier ist zwar noch manches zu tun, aber die wichtigsten Entscheidungen sind gefällt, vieles ist umgesetzt. Es kommt jetzt darauf an, den inneren Zusammenhalt Deutschlands trotz aller Nachwirkungen der Teilung unseres Vaterlandes zu festigen. Dabei haben besondere Herausforderungen des Ostens wie die demographische Entwicklung, Probleme des Arbeitsmarktes und Reformbedarf der Sozialsysteme eine Bedeutung,

die zunehmend auch auf den Westen übergreift. Gleichzeitig stellen sich die „Ostinteressen“ immer differenzierter dar: Die aktuellen Probleme der Ostseewerften interessieren in der mitteldeutschen Industrieregion nur wenig, die Zukunft der mitteldeutschen Braunkohle beschäftigt Menschen in Mecklenburg-Vorpommern kaum.

So wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, die Lösungen vieler „Ostprobleme“ nicht allein nach dem Ost-West-Schema zu suchen.

Aufbauend auf den im Solidarpakt II vereinbarten Transferleistungen und bei Sicherstellung angemessener EU-Förderung auch in der nächsten Förderperiode brauchen wir einen „integrierten“ Ansatz. Die Entwicklung der neuen Bundesländer sollte vom Bund dabei möglichst so unterstützt werden, wie es im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union geschieht: Wenige sektorale Förderfelder statt unzähliger Einzelprogramme. Das stärkt die Verantwortung der Landespolitik und wird den unterschiedlichen Herausforderungen in den Regionen besser gerecht.

Den „Ostbeauftragten“, der viele Spatenstiche vornimmt und Einweihungsfeiern besucht, brauchen wir wirklich nicht länger. Aber auf einen Sachwalter und Koordinator in der Bundesregierung, der die Förderpolitik der Bundesregierung optimiert und die Folgen der laufenden Gesetzgebung für die neuen Länder überwacht, sollte zwanzig Jahre nach der staatlichen Wiedervereinigung unsers Vaterlandes noch nicht verzichtet werden.

Ich möchte den Bundesinnenminister dabei nach Kräften unterstützen.



Sichere und nachhaltige Energieversorgung

- Ulrich Petzold

Die christlich-liberale Regierung der 17. Legislaturperiode steht vor den größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Finanzkrise hat sich erwartungsgemäß zu einer weltweiten Wirtschaftskrise ausgeweitet. Gleichzeitig erfordert der fortschreitende Klimawandel klares und zielstrebiges Handeln. Jetzt wird deutlich, wie wichtig das Umsteuern im Ressourcenverbrauch bereits in der letzten Legislaturperiode durch unsere Fraktion und die Regierung unter Angela Merkel war. Das Sparen und Konsolidieren im Haushaltsbereich hat uns in die Lage versetzt, der Finanz- und Wirtschaftskrise mit kräftigen Maßnahmen entgegen zu wirken. Die Auswirkungen der Krise auf das Leben der Bevölkerung waren bisher in Deutschland zum Glück so gering, wie in kaum einem anderen Industrieland der Erde. Sachsen-Anhalt hat sogar mitten in der Krise die geringsten Arbeitslosenzahlen seit seinem Bestehen. Diese positive Entwicklung unserer Wirtschaft in Sachsen-Anhalt unter der kompetenten Führung der Regierung von Prof. Böhmer und mit unserem Wirtschaftsminister Dr. Haseloff an seiner Seite kann gut auf den Vorgaben des Bundes fußen.

Mit ENERCON in Magdeburg und Q-CELLS in Thalheim konnten dank umsichtiger Wirtschaftsförderung Flaggschiffe der Branche der erneuerbaren Energien angesiedelt werden, als sie noch als „Nischenunternehmen“ galten und heute weltweit führend sind. Tausende von hoch qualifizierten Arbeitnehmern haben in Unternehmen dieser Branche in Sachsen-Anhalt wieder neue Jobs gefunden.

So kann Sachsen-Anhalt, das Land der erneuerbaren Energien, sich zu einem außerordentlich hohen Anteil, höher, als jedes andere Bundesland, mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgen. Gleichzeitig benötigt es für seine chemische Industrie eine sichere, jederzeit abrufbare Elektroenergieversorgung,

die jedoch durch Sonne und Wind bisher noch nicht gewährleistet werden kann.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages ist federführend, wenn es um die nachhaltige Versorgung mit erneuerbaren Energien, aber auch um die Versorgung mit Strom aus den deutschen Kernkraftwerken geht. Wir wissen, dass ein großer Teil unserer Bevölkerung der Kernenergie skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Trotzdem werden wir die Kernenergie als Brückentechnologie noch für eine Übergangszeit nutzen müssen. Die Länge der Übergangszeit wird von der Frist bestimmt, die wir benötigen, um die erneuerbare Energieerzeugung so weit in den Gesteungskosten zu senken, dass sie konkurrenzfähig mit der traditionellen fossilen und kerntechnischen Energieerzeugung ist. Unverzichtbar ist dabei aber auch, dass der Strom aus erneuerbaren Quellen verbrauchsnahe in das Netz eingespeist wird. Strom in lastschwachen Zeiten, aus Wind und Sonne erzeugt, in das Netz einzuspeisen, erzeugt zusätzliche Kosten. Deswegen gilt es eine bessere Lastverteilung und moderne Speichertechnologien zu entwickeln. Es kann nicht heißen „Erneuerbare um jeden Preis“, denn Strompreise haben wirtschaftliche und soziale Auswirkungen.

Es ist daher eine wesentliche Aufgabe der christlich-liberalen Koalition ein Energiekonzept zu entwickeln, das auf erneuerbare Energien setzt, aber auch die Bezahlbarkeit des Stroms für Bürger und Unternehmen im Blick hat. In engem Zusammenhang steht damit auch die neueste Novelle des Erneuerbaren-Energieen-Gesetzes. Entgegen der Planung von etwa 700 MW wurden im vergangenen Jahr etwa 3.000 MW an Photovoltaik installiert. Gleichzeitig stiegen bei den Betreibern von Photovoltaikanlagen durch sinkende Systempreise die Gewinne auf ca.

30% der Investitionssumme im Jahr, bei einem garantierten Stromabnahmepreis für 20 Jahre. Dieses wurde durch die bereits im Gesetz vorgesehene Degression der Einspeisevergütung von ca. 10% nicht kompensiert. Eine so hohe Umverteilung von Stromkosten auf alle Stromkunden zu Gunsten der Photovoltaikbetreiber ist nicht im Sinne des Gesetzgebers, so dass eine zusätzliche Degression erforderlich wurde. Die jetzt vorgeschlagene zusätzliche Degression von 15% entspricht nicht der von der Solarbranche selbst vorgeschlagenen Degression von unter 10%. Es ist jedoch zu beachten, dass eine Veränderung der Einspeisevergütung nicht unmittelbar auf die Produzenten der Solarmodule trifft und bestimmt daher auch nicht die Gewinne oder Verluste dieser Unternehmen. So sind die Händler in den vergangenen Jahren verstärkt dazu übergegangen, Module aus Fernost zu Dumpingpreisen anzubieten. Eine Photovoltaikanlage aus Fernost von Betreibern aus Fernost in Deutschland aufgebaut und von deutschen Stromkunden mit überhöhten Gewinnen bezahlt, fördert nicht die deutsche Solarbranche.

Es ist daher unser Anliegen, weiterhin auch eine auskömmliche Vergütung für Solarstrom zu zahlen, viel stärker aber die neusten Technologien dieser Branche in Deutschland zu fördern. Nur das sichert Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt.

Impressum **Berliner Echo**

CDU- Landesgruppe Sachsen-Anhalt
im Deutschen Bundestag

Landesgruppenvorsitzende
Ulrich Petzold MdB (V.i.S.d.P)
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 2 27 - 7 00 90
Fax.: (0 30) 2 27 - 7 60 84

www.cdu-landesgruppe-s-a.de
post@cdu-landesgruppe-s-a.de

(MA=Mitarbeiter)



Heike Brehmer MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

heike.brehmer@bundestag.de

Tel: (0 30) 227 - 7 29 60

Fax: (0 30) 227 - 7 69 60

Ansprechpartner:

Martina Karney (MA)
Axel Schulz (wiss. MA)
Carl Canzler (Besuchergruppen)

Wahlkreisbüro:

Fischmarkt 12 b
38820 Halberstadt
E-Mail: heike.brehmer@wk.bundestag.de
Tel: (0 39 41) 62 06 14
Fax: (0 39 41) 67 82 29

Ansprechpartner:

Heike Heinemann (MA)
Nadine Grützmacher (MA)
Holger Wegener (MA)

Ausschüsse:

Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ausschuss für Tourismus

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
- Ausschuss für Gesundheit

weitere Mitgliedschaften in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Kommission Aufbau Ost
- Gruppe der Frauen
- Arbeitnehmergruppe

Betreuungskreise:

Salzlandkreis, Magdeburg,
Mansfeld-Südharz

www.heikebrehmer.de

Arbeits- und Sozialpolitik ist Kernthema der Union

- Heike Brehmer

Die christlich-liberale Bundesregierung hat in den ersten drei Monaten die Politik der Krisenbekämpfung entschieden und erfolgreich fortgesetzt, gleichzeitig aber auch neue politische Spielräume genutzt, die sich durch den Koalitionswechsel ergeben haben. Insbesondere unser wachstumsstimulierendes Sofortprogramm wäre mit der SPD nicht möglich gewesen. Wir haben vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise keine Zeit verloren und die Regelungen zur Kurzarbeit verlängert, so dass den Arbeitgebern, die trotz unsicherer Erwartungen keine Entlassungen vornehmen, Planungssicherheit gegeben wird. Ohne eine solche neue Regelung würde die Bezugsfrist für Kurzarbeit, die 2010 begonnen wird, lediglich maximal sechs Monate betragen. Dank unserer Politik ist es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise auf ein Minimum zu begrenzen. Kein anderes Industrieland hat infolge der weltweiten Wirtschaftskrise einen stabileren Arbeitsmarkt als wir. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir weitere Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt sowie wichtige Wachstumsimpulse gegeben. Besondere Nutznießer dieser Maßnahmen sind die Familien. Dank der Steuersenkungen und gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge haben sie seit Januar dieses Jahres deutlich mehr Geld in der Tasche. So kann etwa eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 54.000 Euro über rund 1.600 Euro mehr verfügen.

Hartz IV

Im Bereich Arbeit und Soziales liegen zwei große Aufgaben vor uns. Zum einen die Neuorganisation im SGB II – Bereich, zum anderen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das uns bis zum 31.12.2010 zu einer Neuregelung bei der Berechnung der Regelsät-

ze aufgefordert hat. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil nicht die Grundsicherung in Frage gestellt. Vielmehr hat es die vom Gesetzgeber angewandte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe grundsätzlich als zulässige und tragfähige Methode zur Ermittlung von Regelsätzen anerkannt. Allerdings sei von Strukturprinzipien dieses Statistikmodells ohne sachliche Rechtfertigung abgewichen worden. Hier wird es die dringende Aufgabe von Regierung und Parlament sein, Art und Weise der Berechnung konkreter und transparenter zu fassen. Ob dies zwangsläufig zu einem in seiner absoluten Höhe wesentlich veränderten allgemeinen Regelsatz führen wird, wird die Überprüfung der Methodik zeigen. Die Forderungen nach einer pauschalen Erhöhung der Regelsätze sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts jedenfalls nicht mehr haltbar. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Die Union setzt sich mit Hochdruck dafür ein, dass sich die Höhe eines Regelsatzes vom tatsächlichen Bedarf ableitet. Dieser muss sich am realen Leben orientieren. Oberste Zielsetzung muss dabei sein, gerade die Startchancen für die betroffenen Kinder so zu erhöhen, dass sie später ihr Leben eigenständig, eigenverantwortlich und ohne staatliche Transfers gestalten können.

Für mich und meine Kollegen der AG Arbeit und Soziales unserer Fraktion, die maßgeblich an der Umsetzung der beiden großen SGB-II-Projekte beteiligt ist, ist klar, dass die beiden Aufgabenkomplexe vor dem Hintergrund der vom Verfassungsgericht gesetzten Frist bis Ende des Jahres eine Mammutaufgabe darstellen. Umso dringender ist es jetzt, schnell eine Einigung für die Organisationsform des SGB II zu erreichen, um die nötige Konzentration und Kapazität für die Umsetzung des Urteils zu den Regelsätzen zu haben. Die Zeit drängt, gerade angesichts der rechtlichen Komplexität und der finanzi-

ellen Auswirkungen, die diese neue Aufgabenstellung durch das Urteil in sich birgt. Die Union muß der Garant dafür sein, dass die Zusammenarbeit

zwischen Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen verfassungsfest abgesichert wird. Wir werden uns im Rahmen dieser Reform mit aller

Kraft dafür einsetzen, dass der Fortbestand und die moderate Ausweitung der sogenannten Optionskommunen ermöglicht wird.

Grüne Woche und die Stärkung des Kulturtourismus

- Heike Brehmer

Ein wichtiger Termin in den ersten Wochen im Deutschen Bundestag, ist der traditionelle Rundgang des Bundestagsausschusses für Tourismus auf der Grünen Woche, an dem ich als Mitglied des Ausschusses und unserer Tourismus AG teilgenommen habe. Im Rahmen des Rundgangs besuchte ich auch den Stand der sachsen-anhaltinischen Landesarbeitsgemeinschaft für Urlaub und Freizeit auf dem Lande. Urlaub auf dem Land, so die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft, Frau Christine Fehse, erfreut sich weiterhin einer wachsenden Beliebtheit.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen wir dieses große Potenzial noch stärker nutzen, um den struk-

turschwachen Räumen wirtschaftliche Impulse zu geben. Die ersten Pflöcke wurden dazu bereits eingeschlagen. Wie im Koalitionsvertrag festgelegt, wird eine Tourismuskonzeption für den ländlichen Raum erstellt. Urlaub im ländlichen Raum profitiert vom gegenwärtigen Trend zum Inlandsurlaub. Profitieren soll dabei vor allem auch Sachsen-Anhalt. Die regionaltypischen Angebote sind gerade auch für Urlauber, die eine persönliche, individuelle Betreuung in familiärer Atmosphäre schätzen, ansprechend.

Wichtig ist, dass Politik, Wirtschaft und Tourismusverbände weiter gemeinsam an einem Strang ziehen, wie es seit Jahren schon der Fall ist.

Um dieses Ziel zu untersetzen, werden wir als AG Tourismus gemeinsam mit unseren Kollegen von der FDP einem Antrag mit dem Titel „Kulturtourismus in Deutschland stärken“ in den Deutschen Bundestag einbringen.

Auf diesem Weg wollen wir das einzigartige kulturelle Erbe und die Vielzahl der kulturellen Angebote stärken und weiter ausbauen.

Dabei geht es vor allem auch um die Förderung des Kultur- und Städtetourismus, welcher einer der am stärksten sich entwickelnden Bereiche im Deutschlandtourismus ist und als Wirtschaftszweig einen immer höheren Stellenwert einnimmt.



Impressionen von der Grünen Woche

